

Antrag Nr. 13-F-03-0129

Bündnis 90/Die Grünen

Betreff:

Anteilsverkauf der HSK an Fresenius Holding
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.11.2013 -

Antragstext:

Entgegen vorheriger Versprechen ist mit der Teilprivatisierung der HSK Kliniken vom 29. Mai 2012 an den Klinikkonzern Rhön AG vieles schlechter geworden statt besser. Namhafte Chefarzte verlassen das Haus, Beschwerden über die hygienischen Zustände nehmen zu, der Vertrauensverlust bei Patientinnen und Patienten, zuweisenden Ärztinnen und Ärzten sowie Zulieferern ist schon jetzt unübersehbar. Die Fraktion B90/Die Grünen in Wiesbaden sieht sich angesichts der Situation in ihrer schon früher geäußerten Sorge bestätigt, dass die Teil-Privatisierung der HSK ein Fehler war und auf Dauer die Patientenversorgung verschlechtern wird. Die große Koalition aus CDU und SPD hat zudem mit dem Teilverkauf der Anteile an Rhön auch große Teile des städtischen Einflusses auf das renommierte, kommunale Krankenhaus aufgegeben.

Leider hat die Stadt 2012 den Schritt der Teilprivatisierung unumkehrbar vollzogen und für den Fall des Weiterverkaufs nur ein Vetorecht, aber kein Vorkaufsrecht, vertraglich vereinbart.

Nun sollen die Anteile der Rhön AG an den HSK schon weiter an die Fresenius Holding veräußert werden. Dieser Verkauf ist unter anderem von der Zustimmung der Stadt Wiesbaden abhängig. Im Rahmen dieser Verhandlungen könnten aber die Versäumnisse der Vergangenheit korrigiert werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

I.

Der Magistrat wird gebeten im Rahmen der Verhandlungen über die Zustimmung des Kaufvertrags

1. die uneingeschränkte Einhaltung aller schriftlichen und mündlichen Zusagen von Rhön auch durch den neuen Anteilseigner, insbesondere zur Einhaltung der Tarifverträge und zum Kündigungsschutz der Mitarbeiter, sicherzustellen;
2. zu gewährleisten, dass der durch die Rhön AG zugesagte Klinikneubau auch tatsächlich umgesetzt wird und bereits jetzt konkrete Vorgaben für eine zukunftsweisende, multifunktionelle Bauweise zu machen, die auch eine eventuelle Weiterverwendung und Umwidmung des Gebäudes in Betracht zieht;
3. die Unterrichtsrechte nach § 54 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) sowie gleichwertige Rechte der Stadt Wiesbaden sicherzustellen, um den Einfluss Wiesbadens zu stärken;
4. entsprechend dem Bericht des Hessischen Rechnungshofs eine Stärkung der Kompetenzen des Aufsichtsrats z.B. durch Einführung von Zustimmungsvorbehalten bei wesentlichen Unternehmensentscheidungen zu gewährleisten;
5. sicherzustellen, dass die von Wiesbaden benannte Geschäftsführung die gleichen Kompetenzen wie die Geschäftsführung des privaten Anteilseigners erhält und auf die professionelle Beratung durch Krankenhausesperten zurückgreifen kann;
6. zu gewährleisten, dass der Stadt Wiesbaden ein Vorkaufsrecht für den Fall eines erneuten Weiterverkaufs der privaten Anteile eingeräumt wird.

II.

Der Magistrat wird weiter gebeten

Antrag Nr. 13-F-03-0129
Bündnis 90/Die Grünen

die gesellschaftliche Debatte zur qualitativen Verbesserung der regionalen Gesundheitsversorgung durch die Ausrichtung eines Experten-Symposiums voranzutreiben. Das Symposium sollte möglichst überregional veranstaltet werden.

Wiesbaden, 12.11.2013

Christiane Hinninger
Fraktionsvorsitzende

Matthias Schulz
Fraktionsreferent